

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 27. August 1904.

№ 99.

Aus Oesterreich.

In Innsbruck fand in den Tagen vom 12. bis 17. August der fünfte Ordentliche Verbandstag der österreichischen Buchdrucker-Gehilfen-Vereine statt. Diese Tagung war nicht nur von den Buchdruckern, sondern auch von den übrigen österreichischen Arbeiterkassen, soweit sie organisiert ist, mit großem Interesse erwartet und verfolgt, denn es handelte sich um tief in das Organisationsleben einschneidende Fragen, die gelöst werden sollten und die seit langer Zeit Gegenstand lebhaftester Diskussionen und reichlicher Erwägungen waren. Da die österreichische Buchdruckerbewegung vorbildlich ist für die Organisationsbestrebungen anderer Branchen, erklärt sich das Interesse, das diesem Verbandstage in sehr hohem Maße entgegengebracht wurde.

Erschienen waren zum Innsbrucker Verbandstage Delegierte sämtlicher verbündeten Vereine mit Ausnahme des dalmatinischen, der sich durch den Sekretär des Verbandes Kollegen Dworacek, vertreten ließ; Böhmen hatte 5 Delegierte entsandt, Galizien 2, Mähren 2, Niederösterreich 10, während alle übrigen 10 Vereine je einen Vertreter geschickt hatten. Vom Verbandsvorstande nahmen 7 Mitglieder an den Verhandlungen teil und auch die Redakteure der vier Verbandsorgane waren zugegen. Der deutsche Verband hatte seinen Vorsitzenden, Kollegen Emil Döbbsin, entsendet, der ungarische den Kollegen Moriz Rothstein; das internationale Buchdruckersekretariat war durch den Sekretär, Kollegen Peter Stantner, vertreten; ebenso waren Delegierte des österreichischen Buchbinderverbandes, des Senefeldervereins, der österreichischen Gewerkschaftskommission, des Innsbrucker Gewerkschaftsartikels und des Wiener Hilfsarbeitervereins anwesend.

Der Verbandstag wurde am Freitag den 12. August durch den Obmann des Verbandes, Kollegen Franz Heilmüller, eröffnet, worauf die erschienenen Gäste ihre Begrüßungen vorbrachten. Dem Vorstande wurde für seine dreijährige Funktionsperiode das Absolutorium erteilt, worauf die Neuwahlen vorgenommen wurden, die zumeist die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre ergab. Das Schiedsgericht, das bisher dem tirolischen Vereine oblag, wurde dem oberösterreichischen Vereine übergeben.

Der übrige Teil des ersten Tages galt der allgemeinen Sozialpolitik. Vom Verbandsvorstande beantragt, lag eine Resolution vor, die nach längerer Debatte angenommen wurde und die im wesentlichen forderte: Die Zurückweisung aller auf eine Verschlechterung der gesetzlichen Vorschriften zielenden Vorschläge der Industriellen; den Ausbau und die Erweiterung dieser Vorschriften gemäß den Wünschen der Arbeiter; die Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen, die die Verkürzung des gesetzlichen Normalarbeitstages und die Verweigerung aller Ansuchen um Zulassung von Ueberschreitungen; die Ausgestaltung des Gewerbeinspektors in der Weise, daß mindestens die einmalige Inspektion aller Betriebe im Jahre ermöglicht wird; die Förderung dieser Inspektionstätigkeit durch die staatlichen Behörden; die Entschädigung aller Krankheitsfälle infolge von Berufskleiden nach Grundsätzen des Unfallgesetzes; die Anwendung von Arreststrafen gegen Unternehmer, die wegen Uebertretung der Arbeiterschutzvorschriften wiederholt beanstandet werden.

Der Verbandsvorstand wurde ersucht, diese Wünsche der Regierung und dem Zentral-Gewerbeinspektor zur Kenntnis zu bringen.

Der Verbandstag erklärte es ferner für Pflicht jedes Verbandsmitgliedes, auf die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen, insbesondere aber auf die strenge Einhaltung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertagsruhe hinzuwirken.

Bei Verletzung des Sonntagsruhegesetzes wird im Sinne des Statuts gegen diese Mitglieder mit aller Strenge, eventuell mit dem sofortigen Ausschlusse vorgegangen werden.

Der Verbandstag stellte mit Bedauern fest, daß das Gesetz über die Sonn- und Feiertagsruhe von den behördlichen Organen nicht mit der Strenge gehandhabt wird, die bei Handhabung eines Arbeiterschutzgesetzes von der Regierung verlangt werden muß und forderte daher die Regierung auf, mit allen gesetzlichen Mitteln auf die Einhaltung dieses Gesetzes zu dringen und in Uebertretungsfällen mit empfindlichen Strafen vorzugehen.

Der zweite Tag galt der vielumstrittenen Frage: „Föderativverband oder Reichsverein?“ Das Referat über diesen Punkt erstattete der Redakteur des „Vorwärts“, Kollege Franz Hofer. Ueber dieses Thema, das wichtig genug erscheint, um darüber demnächst ausführlich zu berichten, gingen, wie vorauszusetzen war, die Meinungen sehr auseinander. Der Referent motivierte insbesondere durch die in letzter Zeit sich häufenden Vorfälle die Gründung eines Reichsvereins, dessen prinzipielle Genehmigung er verlangte. Er kam zu dem Schlusse, daß jene, die gegenwärtig noch Gegner dieser Neugründung seien, in Kürze den Standpunkt des Verbandsvorstandes teilen werden. Es schloß sich hieran eine große Debatte, in der insbesondere die böhmischen Delegierten dem Verbandsvorstande gegenübertraten. Kollege Döbbsin vom deutschen Verbandsvorstande sprach gleichfalls zu diesem Punkte und wies in seiner Rede insbesondere auf die Vorteile eines einzigen, großen Verbandes hin. Auch der Sekretär der österreichischen Gewerkschaftskommission, Anton Hueber, trat warm für den Reichsverein in die Schranken. Um die Debatte zu Ende führen zu können, mußte eine Abend Sitzung abgehalten werden, in dieser wurde prinzipiell die Gründung eines Reichsvereins beschlossen. Für waren 6779, gegen 4395 Stimmen abgegeben worden. Es stimmten Böhmen, Galizien, Krain, Kärnten, Italienisch-Südtirol und Steiermark gegen die auf die Gründung des Reichsvereins bezughabende Resolution. Hieraus ist auch ersichtlich, wie schwer sich die faktische Gründung erweisen dürfte. Ganz abgesehen davon, daß die Mehrheit bei einem die volle Einmütigkeit bedingenden Beschlusse keineswegs eine überwältigende war, haben bloß die deutschen und der durch den Verbandssekretär vertretene italienisch-dalmatinische Verein für den Reichsverein gestimmt, während die andern- oder gemischt-sprachigen Vereine fast ausnahmslos gegen das Projekt ihr Votum abgegeben haben. Dieses Votum war übrigens, seit der Wiener Verein sich für den Reichsverein entschieden hatte, vorauszusetzen.

In der Vormittags Sitzung des dritten Tages gelangte zunächst der Antrag des Verbandsvorstandes auf Auflassung der getrennten Konti der verschiedenen Unterstützungsabteilungen, welcher eine wesentliche Vereinfachung der Verwaltung in den einzelnen Vereinen bezweckte, zur Debatte. Der Antrag wurde mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Sodann wurde der Antrag auf Auflassung der Zuschüsse zu den zentralisierten Unterstützungen und als Kompensation dafür Erhöhung der Invaliden- und Waisenunterstützung in Verhandlung gezogen. Der Referent Koll. Dworacek verwies auf die Gefahren, die den einzelnen Kronlandsvereinen durch die immer mehr überhandnehmende Gewährung der Zuschüsse bedrohen und führt als drastisches Beispiel das Schicksal der „Wzajemna Pomoc“ (des galizischen separativistischen Vereins) an, die ihrem Zusammenbruche nur durch die Verschmelzung mit dem „Znisko“ (dem Verbandsvereine) entging. Die sehr lebhafteste Debatte währte auch am nächsten Verhandlungstage fort und ergab einen Vermittelungsantrag der von 11 Vereinen mit 7335 gegen 4 Vereine, die 3339 Stimmen repräsentierten, angenommen wurde. Danach wird vom 1. Januar 1905 die Unterstützung der Invaliden um je eine Krone wöchentlich erhöht; weiter wird die Unterstützung der Waisen erster Kategorie um je eine Krone monatlich und jene der zweiten Kategorie um je zwei Kronen monatlich erhöht. Hingegen sind die Verbandsvereine verpflichtet, alle Zuschüsse und über das Ausmaß der zentralisierten Unterstützungen hinausgehenden Benefizien bis spätestens zum 31. Dezember 1907 zu befeitigen. Die Einführung neuer Unterstützungsabteilungen sowie die Erweiterung der bestehenden Unterstützungsabteilungen ist keinem Verbandsvereine in eignen Wirkungskreise gestattet. Daraufhin abzielende Anträge können nur am Verbandstage beschlossen werden.

Auch der Antrag des Verbandsvorstandes, der die unmittelbare Vorbeziehung zur Gründung des Reichsvereins schaffen sollte: „Auflassung des bisherigen Aufteilungsmodus der zentralisierten Unterstützungen, respektive Einhebung eines einheitlichen Verbandsbeitrages zur Befreiung der Verbandsunterstützungen in der Höhe von 1 Krone 24 Heller und zur Befreiung der Kosten der Verbandsverwaltung in der Höhe von 6 Hellern, zusammen in der Höhe von 1 Krone 30 Heller pro Mitglied und Woche,

der in jeder Beziehung ein wahrer Fortschritt gewesen wäre, mußte zurückgezogen werden; dagegen gelangte der Vermittelungsantrag des steierischen Delegierten, Kollege Machold, zur Annahme, wodurch bestimmt wurde, zur Befreiung der Kosten der Verbandsverwaltung einen Beitrag von 6 Heller für Mitglied und Woche festzusetzen, den bisherigen Aufteilungsmodus ausrecht zu erhalten, jedoch analog der tags vorher beschlossenen Auflassung der getrennten Konti auch die Aufteilung nunmehr vom 1. Januar 1905 an nicht mehr spezifiziert, sondern summarisch vorzunehmen.

Die vom Verbandsvorstande beantragten Aenderungen der Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Verbandsvereine und deren Mitglieder wurden hierauf alle angenommen.

Der fünfte Tag brachte die Verhandlungen über den Punkt der Tagesordnung: „Reduzierung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung um jenen Betrag, der durch die Erlassung der Vertragspflicht resultiert“. Der österr. Verband ließ bekanntlich bisher von den gegläubten Unterstützungen, mit Ausnahme der Reiseunterstützung, die Wochenbeiträge abziehen, was in anderen Verbänden nicht der Fall ist. Damit waren für österr. Mitglieder im Zustande zwar manche Vorteile verbunden, die ihnen aber, sobald sie im Auslande in den Unterstützungsfall traten, freitig gemacht werden mußten; andererseits glaubten sich von auswärts zugereiste Mitglieder benachteiligt, wenn ihnen, dem österr. Gebrauch gemäß, von den Unterstützungen Beiträge abgezogen wurden, was im Muttervereine nicht geschah. Dies führte zu unangenehmen Reklamationen und Konflikten. Daher sah sich der österr. Verband genötigt, obigen Antrag einzubringen, um die Egalität mit den Bestimmungen in anderen Verbänden herbeizuführen. Darob gab es besonders in der kürzlich stattgefundenen Versammlung des Wiener Vereins eine sehr lebhafteste Debatte, wobei die immer heftiger hervor- und auftretende „Partei“ der „Konditionlosen“ energisch gegen diesen Antrag Stellung nahm. Auf den ersten Blick erscheint dieser Antrag bloß als unbedeutend; in Wirklichkeit aber erschwert er tatsächlich den Bezug der Unterstützungen, besonders jener Bedauernswerten, die einen großen Teil des Jahres dem Verbandslande — wie man zu sagen pflegt — zur Last fallen. Es kommt da der Versicherungstechniker mit dem Gewerkschaftler in ein Dilemma, aus dem es keinen Ausweg gibt. — Der angezogene Antrag wurde am Verbandstage in der Abänderung angenommen, daß die Unterstützung ab 1. Januar 1905 pro Tag um 20 Heller gekürzt, dafür aber kein Wochenbeitrag mehr eingehoben wird.

Kollege Ernesto De Hoso aus Triest begründete hierauf den Antrag des krainländischen Vereins, betreffs der Ausbildung der Lehrlinge. Daran anschließend erstattete Koll. Stettmeier vom Verbandsvorstande ein diesbezügliches Referat und beantragte eine Resolution, die zum Beschlusse erhoben wurde, und in der im hauptsächlichsten ausgedrückt wird, daß in den bestehenden Gewerkschulen keine genügende Vorkehrung für die Fortbildung der im Buchdruckerberufe ihr Fortkommen suchenden Lehrlinge erblickt werden könne. Es werden deshalb jene Vereine, in deren Kronländern noch keine Fachschulen bestehen, aufgefordert, zur Errichtung von Fachschulen die Initiative zu ergreifen. Es sei eine Pflicht der Gremien, die von den Lehrlingen eingehobenen Gebühren zur Unterstützung dieser Lehrlinge zu verwenden. Von der Errichtung dieser Fachschulen verspricht sich der Verbandstag aber nur dann einen Erfolg, wenn deren Lehrlinge in die Arbeitszeit verlegt werden. Die Zusammenführung des Fachschulrates soll paritätisch sein. Der Verbandstag erachtet es auch für notwendig, daß Hand in Hand mit der Ausbildung in den Fachschulen auch die vollständige technische Ausbildung in den einzelnen Offizinen gehen muß.

Als Ort zur Abhaltung des nächsten Verbandstages wurde sodann Wien bestimmt.

Der letzte Tag galt der Tariffrage. Die Sitzung war vertraulich. Es wurde beschlossen, den Verbandsvorstand zu beauftragen, daß er die Abänderungsvorschläge zum Normallohnentafel bis längstens 1. Januar 1905 dem Tarif-Amt überreicht, was auch seitens der Prinzipale beschlossen wurde. Eine diesbezügliche Geschäftsordnung wurde bereits in der letzten Sitzung des Tarif-Amtes beschlossen.

Nachdem noch einige persönliche Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde der Verbandstag vom Obmann Reismüller mit einer mit Beifall aufgenommenen Ansprache geschlossen.

Zunächst, das gastfreundliche Festsessen, das zum erstenmal ein Buchdruckerparlament zu beherbergen hatte, nahm auch offiziell Kenntnis von diesem Arbeiterkongresse, indem der stellvertretende Bürgermeister Dr. Wein in einem Begrüßungsschreiben Erfolg wünschte, und die Kunstjünger dieser Stadt, vielleicht die fidelsten in ganz Oesterreich, ließen sich's nicht nehmen, ihren Kollegen aus ganz Oesterreich die Tage, die sie in ihren Mauern verbrachten, so angenehm als möglich zu gestalten. Den Verbandstag und die zwei zusammenfallenden Feiertage benutzend, hatten die Wiener „Freie Typographie“ und der Wiener Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“ gleichfalls Ausflüge nach der Hauptstadt Wiens gemacht und so konnte eine Reihe von Festen und Ausflügen den ersten und wichtigsten Beratungen des Verbandstages einen recht gemüthlichen Abschluß bereiten. Die Innsbrucker Buchdrucker überreichten jedem Teilnehmer an diesem Verbandstage einen mit dem historischen „Goldenen Dach“ Friedrichs mit der leeren Tasche geschmückten Trinkbecher als Andenken. G. H. y.

Korrespondenzen.

B. Barmen. Unsere letzte Monatsversammlung wurde am 13. August abgehalten und war erfreulicherweise wiederum zahlreich besucht. Unter Vereinsmitteilungen verlas der Vorsitzende Klinau ein Schreiben des Revisors Walfotte. Es wurde beschlossen, denselben für einen Vortrag im Monat Oktober zu engagieren. Aufgenommen wurden zwei Kollegen; ausgeschloffen dagegen wegen fortwährenden Nestierens die Kollegen Robert Klopff, Heinrich Hoffmann und Fr. Hünzel. Namentlich mit dem ersten Kollegen beschäftigte sich die Versammlung in eingehender Weise, da derselbe außer seinen 15 Ruten auch noch sonstige Verpflichtungen an die Ortskasse hat. In der Debatte hierüber wurde die Schuld hauptsächlich auf den Vorstand geschoben, weil er dem Kollegen und „Genossen“ Klopff zu viel zugetraut habe. Besonders war es ein Kollege M., der dem Vorstände „Schlebung“ vorwarf, beim vierten Punkte der Tagesordnung: „Berlesung der Schulden an die Ortskasse“ entpuppte sich M. aber auch als einer von denjenigen, der selbst aus der Ortskasse Darlehen erbeten und erhalten hatte, mit dessen Rückzahlung es aber auch arg haperte. Unter Verschiedenes wurde noch angeregt, der Vorstand möge ein Zirkular an die hiesige Prinzipalität richten, um für die Gehilfen Ferien zu erwirken, doch wurde dieser Punkt der vorgerückten Jahreszeit wegen für diesmal fallen gelassen.

F. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.) In der von 93 Kollegen besuchten Generalversammlung teilte nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten der Vorsitzende mit, daß nunmehr die Monotypie in Boffen im Betriebe sei und daß der Vorstand Schritte unternehmen werde, um den Kollegen zu ermöglichen, die Arbeitsweise der neuen Maschine kennen zu lernen. Nach Erledigung von neun Renaufnahmen erfolgte die Vorstandswahl. (Resultat siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 97.) Hierauf erbatte Kollege Zopf sein erstes Referat als „technischer Berater“. Hedner beschäftigte sich im ersten Teile seines nahezu einstündigen interessanten Vortrages mit den letzten einschlägigen Veröffentlichungen der Fachpresse und unterzog den jüngst im „Corr.“ erschienenen Artikel des Kollegen G.-n. einer eingehenden Besprechung. Er verteidigte die Zentralkommission gegen die im Artikel gegen sie erhobenen Angriffe und wandte sich dann entschieden gegen die Gründung eines Fachorgans für Maschinenfabriker, wie ein solches bereits in Frankreich bestehen soll und wie es G.-n. auch für Deutschland wünscht. Hedner meinte, es würde sich wohl ermöglichen lassen, dem „Corr.“ eine entsprechende Beilage zu geben, falls sich ein Bedürfnis nach dieser Richtung hin herausstellen sollte. Nach größtenteils zustimmender Besprechung eines dem Vereine zur Verfügung gestellten Vortrages des Kollegen Klopff-Frankfurt a. M. wandte sich Hedner nunmehr dem rein technischen Teile zu und machte einige interessante Mitteilungen über geplante Verbesserungen an der Monoline. Mit der Bekanntgabe einiger von ihm gemachten Erfahrungen an der Linotype schloß der Vortragende seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. In den Vortrag schloß sich eine eingehende Debatte, die manches Neue brachte und die als ein Zeichen dafür gedeutet werden kann, daß die Kollegen nunmehr gewillt sind, dem Punkte „Technisches“ die ihm gebührende Beachtung und — Aufmerksamkeit zu schenken. — In betreff der schon im „Corr.“ erwähnten Matrikularrevisionsmaschine wurde mitgeteilt, daß die Modelle derselben seinerzeit im Vereine vorgeführt werden sollen. — Die nächste Versammlung findet am 2. Oktober statt.

r. Braunschweig. Eine äußerst schwach besuchte Ortsversammlung — von annähernd 280 Mitgliedern hatten sich etwa 45 eingefunden — wurde am 9. August im hiesigen „Gewerkschaftsaule“ abgehalten. Unterm ersten Punkte der Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden Schweltje das Resultat der Wahl der Gehilfenmitglieder zum Tarif-Schiedsgerichte für das Herzogtum Braunschweig bekannt gegeben. Es sind gewählt als Gehilfenmitglieder: H. Heder, W. Neuter, H. Schünemann; als Stellvertreter: H. Kartheiser und W. Nüßling. Nachdem sodann einige Aufnahmegeheusche erledigt, folgte als zweiter

Punkt der Tagesordnung ein Vortrag des Kollegen Ernst Günther über „Japans politische Expansivkraft“. In einschlägiger Rede gab der Vortragende ein anschauliches Bild der politischen Entwicklung Japans aus seinen Anfängen bis zur Jetztzeit, sowie von dem in letzteren Jahren erfolgten wirtschaftlichen Aufschwunge dieses augenblicklich im Mittelpunkte des Interesses stehenden asiatischen Kulturstaates, letztere Ausführungen namentlich durch ein reiches statistisches Zahlenmaterial illustrierend. — Unter „Verschiedenes“ wurde zur Sprache gebracht, daß in der Druckerei Ab. Simbach zwei Mitglieder, welche dort zwölf Jahre und länger konfessioniert, ohne jede Beachtung der Anciennität wegen „Arbeitsmangels“ gekündigt seien, auch in der Druckerei der „Neuesten Nachrichten“ hatte ein dafelbst längere Jahre konditionierender Kollege unter eigenartigen Umständen wegen „Arbeitsmangels“ die Kündigung erhalten; in letzterer Druckerei mußte für eine bisher unaufgeklärte wirkliche oder vermeintliche Fälschung eines Lohnbuches betr. Kollege als Sündenbock büßen. Beide Fälle veranlassen eine längere Debatte.

Düsseldorf. Nachdem die „Christlichen“ in Aachen und Essen versucht hatten, Filialen des „Verbandes“ der Arbeiter und Arbeiterinnen für das graphische Gewerbe zu errichten, sollte auch Düsseldorf mit einer „Gründung“ bedacht werden. Trotzdem man mit den Einladungen zu einer am Donnerstag voriger Woche stattgefundenen Besprechung sehr vorsichtig zu Werke gegangen, war es doch nicht zu vermeiden, daß auch eine ganze Reihe Mitglieder mit einer Einladung „beehrt“ wurden. In dem Referate wurde betont, daß die Arbeiter, soweit sie keine Sozialdemokraten seien, sich in christliche Verbände zusammenschließen müßten. Hauptzweck der Verbände sei: Abschluß von Tarifen, „Bildung“ der Arbeiter in gewerkschaftlicher wie sittlicher Beziehung, vollständige Neutralität und Gewährung von Unterstützungen. Die freien Gewerkschaften seien sozialdemokratisch. Dem Verbände solle selbstverständlich keine Konkurrenzorganisation gegenüber gestellt werden, „aber doch seien alle diejenigen, die demselben nicht betreten wollten, bei ihnen willkommen“. In der Diskussion ergriff der hiesige Bezirksvorsitzende das Wort, die Unwesenden in kurzen Zügen über die Ziele der freien Gewerkschaften aufklärend. Dabei verurteilte er die Sonderbinderei der Arbeiter, letztere sollten sich vielmehr an dem Unternehmens eine Beispiel nehmen. Zum Schluß forderte er die Unwesenden auf, den bestehenden Verbänden beizutreten. Das allerdings behagte dem christlichen Referenten nicht, er erklärte, eine beratende Diskussion nicht zulassen zu können, mit anderen Worten, wer nicht Ja und Amen zu seinem mit Phrasen zusammengestoppelten Referate sage, komme nicht zum Worte. Dabei verwies er auf eine demnächst stattfindende „öffentliche“ Versammlung, wo wir unserer Ansicht Ausdruck geben könnten. Zu der Besprechung waren etwa zwanzig Mann erschienen, darunter Mitglieder des Buchdrucker- und Buchbinderverbandes. Mit dem „Erfolge“ werden die Christlichen wohl „zufrieden“ sein. Wir aber erwarten mit Sehnsucht die öffentliche Versammlung, um diese Experimenteure gebührend an den Pranger stellen zu können, gehen doch die Absichten dieser „Gründer“ dahin, wie das in Düsseldorf durch die letzten Ausstände der Bauarbeiter bewiesen ist, den freien Verbänden Arbeitswilligenorganisationen gegenüber zu stellen.

z. Straubing (Niederb.). Am 14. und 15. August feierten der hiesige Ortsverein und die Typographie das Fest ihres 10 jährigen Bestehens. Eröffnet wurden die Festlichkeiten, zu denen sich etwa 200 Kollegen aus Regensburg, Landshut, Passau, Deggendorf, Landau a. Jf., Weiden und noch mehreren anderen Orten eingefunden hatten, mit einer Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung, in der der Gauvorsitzer Jos. Seitz-Würchen in 1¹/₂ stündiger Rede über: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker und die Tarifgemeinschaft“ referierte. Redner entledigte sich in geradezu glänzender Weise seiner Aufgabe und erntete am Schluß seiner Ausführungen stürmischen Applaus. Der Nachmittag und Abend versammelte die anscheinliche Kollegenzahl sowie eine große Zahl der Bürger- und Einwohnerchaft zu einem fröhlichen Feste auf dem aufs herrlichste dekorierten Festplatze bei Konzert und verschiedenen Belustigungen. Der eigentliche Festakt am Abend wurde eröffnet durch einen sehr sinnvoll von Herrn Redakteur M. Nipinger verfaßten und von Fr. Sommer musikergerichtet zu Gehör gebrachten Prolog. Hierauf hielt Koll. K. Buhl eine Festrede, der sich Neben und Toaste angeschlossen. Kollege Schäfer-Regensburg überreichte den beiden Jubel-Vereinen sodann auch einen von der Typographie Regensburg kreuzigten zinnernen Humpen. Ferner hatten die Regensburger Kollegen als „alte Bekannte“ die Lebenswürdigkeit, das abendliche Programm durch mehrere unter der Direktion ihres Dirigenten Frz. H. Denckert sen. sehr exakt und gefühlvoll zum Vortrage gebrachte Männerchöre zu vervollständigen. Begrüßungsgramme waren eingetroffen von der Mitgliedschaft Augsburg, Koll. Tittel-Mannheim und dem Männergesangsverein „Typographie München“, sodann auch eine Begrüßungsgratulation „aus den Bergen“ von dem „stellvertretenden Gau-Hauptling“ Schlegel-München. Den Schluß des Festes bildete ein am nächsten Tage unternommener Ausflug nach Wogen, dem sich nach der Rückkehr ein Abschiedskonzert anschloß; man trennte sich mit dem Bewußtsein, ein wirklich kollegiales Fest, bei dem das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden war, mitgeteilt zu haben. Am Schluß machte die Mitgliedschaft Straubing nicht unterlassen, allen Kollegen, welche durch ihren Besuch das Fest verschönten, insbesondere aber Herrn Gauvorsitzer

Seitz für die lebenswürdige Uebernahme des Referates sowie den Regensburger Kollegen für ihre gütige Mitwirkung auch an dieser Stelle den Dank zum Ausdruck zu bringen.

Rundschau.

In Nr. 97 gaben wir von einem Entschiede über die Abzugsfähigkeit der Verbandsbeiträge vom Steuereinkommen Kenntnis. Die in dieser Notiz ausgesprochene Vermutung, daß es sich dabei um den von den Berliner Vereinen bzw. in dessen Auftrag geführten Prozeß bei dem preussischen Obergerichtsverwalter handelt, bestätigt sich nicht; derselbe schwebt vielmehr immer noch.

Zu unseren Artikeln „Die Ausbreitung der Tarifgemeinschaft in deutschen Buchdruckerbetriebe“ wollen wir nach Eingang des als Unterlage erbetenen Materials noch einiges über die sondertariflichen Verhältnisse Elsaß-Lothringens nachtragen. In den Reichslanden besteht bekanntlich keine in allen Teilen wohlgeordnete Tarifinstitution wie in Altdeutschland, es genügt dort bereits, wenn der Nachweis der tarifmäßigen Begabung durch das Personal erbracht wird, um eine Firma unter die tariffreien zu rubrizieren. Deshalb können in Nebenpunkten mehr oder weniger erhebliche Abweichungen bestehen, wie dies bezüglich der Ueberstunden- und der Sonn- und Feiertagsbezahlung auch der Fall ist, die Druckereien werden trotzdem zu den tarifinhaltenden gezählt. In 58 Orten sind also im ganzen 156 Druckereien vorhanden, von denen in der letzten Statistik des Elsaß-Lothringischen Verbandes 102 aufgeführt sind. Von diesen 102 Druckereien sind drei für Verbandsmitglieder geschlossen, mithin tarifunten, unter Hinzuzählung der in der Statistik stehenden 54 Druckereien wären also 57 Nichttarifdruckereien zu verzeichnen, demgemäß hat der reichsländische Sondertarif in 63,46 Proz. der vorhandenen Druckereien Eingang gefunden und erstreckt sich über 56,89 Proz. der Druckorte. An Gehilfen weist die Statistik 1047 nach, von denen 1032 zu tariflichen Bedingungen arbeiten. Da man für die verbleibenden 54 Druckereien sicher noch 15 Gehilfen in Anrechnung bringen kann, so würden 97,17 Proz. der Kollegen in Elsaß-Lothringen zu tarifmäßigen Bedingungen arbeiten, wobei die oben gemachte Einschränkung zu berücksichtigen bleibt.

Jedenfalls, weil sich kein Käufer fand, wurde kürzlich in Braunschweig das Inventar der Buchdruckerei H. W. Jasper zwangsweise versteigert.

Demnächst soll in Teintzin, wie Klimsch berichtet, unter dem Titel „Tageblatt für Nordchina“ eine neue deutsche Zeitung erscheinen.

Von der heute in Arbeiterkreisen herrschenden Stimmung über die Richtigkeit der paritätischen Arbeitsnachweise spricht folgende Resolution einer Dresdener Tagesarbeiter-Versammlung: „Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die jegliche Stellungnahme der hiesigen Tapeziererzwangsinnung zum bisherigen paritätischen Arbeitsnachweise. Derselbe erblickt in der Auflösung des gemeinsamen Arbeitsnachweises durch die Innung einen sozialpolitischen Rückschritt, der nicht geeignet ist, das laut Innungsstatut erstrebenswerte gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern.“

Wegen die Sonntags- und Ueberarbeit in gewerblichen Betrieben soll, wie die „Leipz. Volksztg.“ mitteilt, energischer wie bisher durch eine neue Ausführungsanweisung, die der preussische Handelsminister den Regierungspräsidenten und dem Berliner Polizeipräsidium soeben übermittelt hat, eingeschritten werden. Nach dieser Anweisung soll in Zukunft bei allen Anträgen auf Sonntags- und Ueberarbeit ein Gutachten des zuständigen Gewerbeinspektors eingeholt werden. Auch soll von allen Erlaubnisverfügungen dem Gewerbeinspektor eine Abschrift zugehen. Die Prüfung der schriftlichen Anträge in bezug auf Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter soll der Gewerbeinspektor vornehmen, dessen weitergehende Mitwirkung den Regierungspräsidenten und dem Berliner Polizeipräsidien anheim gestellt ist.

Die Berufung von Arbeitern als Schöffen wird das Breslauer Gewerkschaftsamt anstreben. Jede Organisation hat ein bzw. zwei ihrer Mitglieder in Vorschlag zu bringen, welche in eine Liste eingetragen dann der Gerichtsbehörde eingereicht werden zwecks Berücksichtigung bei der Auswahl der zum Schöffenausschusse heranzuziehenden Personen. Der den vom Gerichte eventuell bestimmten Arbeiterschöffen durch die Ausübung ihres Amtes entsprechende Lohnausfall soll von den Gewerkschaften getragen werden.

Die Grundzüge unserer Rechtsprechung werden immer schwankender. In einem sogenannten Streitprozeß, welcher aus Anlaß des von einem Berliner Metallarbeiter mit besonderm Eifer betriebenen Boykottes gegen die nichtbewilligten Bäckermeister entstand, kam der berühmte § 153 der Gewerbeordnung in Anwendung. Hinslang verfuhr zwar immer die Richter den strafrechtlich eigentlich nicht fahbaren Boykott mit einigermaßen heranziehbarer Paragrafen des Straf- bzw. des Bürgerlichen Gesetzbuches zu ahnden, doch glaubte das Berliner Schöffengericht den wirksamen § 153 der Gewerbeordnung als Unterlage nehmen zu müssen. Das war schon sonderbar genug, seltsamer aber noch wurde das Verhalten des Amtsrichters und des Anwaltes in einer andern Beziehung. Nachdem nämlich der Gerichtshof schon längere Zeit sich beraten, kehrte er zurück und der Vorsitzende teilte dem Anwalte mit, es habe sich herausgestellt, daß einer der Schöffen Mitglied der sozialdemokratischen Partei

sei. Der Amtsanwalt ging nun zwar nicht auf das Ansuchen des Richters ein, einen Antrag auf Ablehnung des betreffenden Schöffen wegen Befangenheit zu stellen, wohl aber erklärte er, der Schöffe müsse sich nach seinem Empfinden selber für befangen erklären, denn er halte es in der Praxis kaum für durchführbar, daß sich der Richter als solcher von seinem politischen Parteistandpunkte vollständig frei machen könne! Der Schöffe tat aber trotzdem den Herren nicht den Gefallen, sondern hielt sich für unbefangen; das auf eine Woche Gefängnis lautende Urteil spricht dem auch nicht entgegen, obwohl der § 153 der Verberordnung nach unserer Meinung hier falsche Anwendung fand. Das Verlangen des Amtsrichters nach Ablehnung eines einfach seiner Parteizugehörigkeit wegen befangenen Schöffen sowie das Bekennnis des Amtsanwaltes, das stark der Zweifelslehre zuneigt, sind aber wichtige Keulenschläge gegen die Unantastbarkeit der unbeeinflussten Nachprüfung. Im Grunde genommen wird damit doch zugegeben, daß das Wort von der Massenjustiz der Beredrigung nicht entbehrt. Nur soll einem Beisitzer aus den bestehenden Klassen trotzdem volle Unparteilichkeit zuerkannt, der nicht zu den Gutgesinnten und Ordnungsbefehlenden zählende Andere aber als befangen erklärt werden. Betrachtet man dazu das Marienburger Schöffengerichtsurteil, so weiß man, wo die befangenen Schöffen zu suchen sind.

In Sachen=Weimar, allwo einst die Geistesheroen Goethe und Schiller lebten, wurden der Frau Steinbach aus Hamburg mehrere gewerkschaftliche Vorträge wegen beschuldeter „Aufregung“ verboten. Dem gleichen Schicksale verfielen einzelne angekündigte Vorträge einer Frau Bosse aus Bremen, die unter den Textilarbeiterinnen für den Anschluß an die Gewerkschaftsorganisation wirken wollte. Die Handhabe für ihr Vorgehen erblickte die Polizei in einem Gehebe vom Jahre 1854!

In Leipzig erhielt der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Schünze, ein amtschauhauptmannschaftliches Strafmandat von 50 M., weil er zum Gewerkschaftsfeste den Verkauf von Gebensblättern geduldet haben soll. Selbstverständlich ist dagegen Berufung eingelegt, denn zu nebenamtlicher Polizeiarbeit kann man doch niemand zwingen.

Wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung wurden vom Schöffengerichte in Marienburg ein Maurer zu einem Jahre drei Monaten, ein zweiter zu drei Monaten, ein dritter zu vier Monaten und ein vierter zu einem Monate Gefängnis verurteilt. Diese sehr harten Strafen wurden verhängt, weil die Betreffenden nach allzu reichlicher Labung beim Johanniartale mit einem nichtstreichenden Maurer Streitigkeiten anfangen, welche zu Tätlichkeiten ausarteten. Ein hinzugekommener Polier mißte sich ebenfalls in die Händel ein und schoß dem am härtesten Beurteilten eine Revolverkugel durch beide Beine, so daß derselbe viele Wochen im Krankenhaus lag. Die Beurteilten sind organisierte Maurer, welche am Streik jedoch unbeteiligt. Gegen den schießenden Polier ist von der Behörde nichts unternommen worden.

Der neueste Krankenkaissenrat betrifft die Deutsche Volksversicherungskassen- und Unterstützungskasse in Mülheim-Styrum, über welche sich nunmehr die Behörde erbart hat.

Zum Amsterdamer Kongresse. Nachdem nunmehr die Berichterstattung über diesen Kongress in der Tagespresse beendet ist, wollen wir uns auf eine knappe, summarische Besprechung jener Punkte beschränken, die auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter interessieren. Unter den 434 Delegierten — auch ein russischer und ein japanischer Vertreter waren anwesend — befanden sich 67 deutsche Delegierte, darunter 27 Gewerkschaftsführer. Für die Fragen der Aus- und Einwanderung, Generalfstreik, Sozialpolitik und Arbeiterversicherung usw. wurde je eine Kommission beauftragt Vorberatung eingelegt. Ueber die letzten beiden Punkte berichtete Wolfenbutz, welcher den Ausbau der Versicherungsgehegung unter der Selbstverwaltung der Versicherten fordernde. Der Amerikaner Hilquith findet die Sätze der von Wolfenbutz vertretenen Resolution „so allgemein, daß sie jeder Verein gegen Tierquälerei akzeptieren könnte“, worauf ihm Wurm erwiderte, daß ein so vielgestaltiger Kongress nur allgemeine Regeln geben könne. Die Deutschen, sagt Wurm weiter, stimmten kein Loblied auf die deutsche Versicherungsgehegung an, die nichts sei als eine andre Form der Armengehegung, aber nur geschaffen sei, weil eine starke sozialdemokratische Partei sie im Klassenkampf erobert habe. Ob sich Wurm dieser Selbstironie bewußt war, mag dahingestellt bleiben. Bemerkenswert war, daß die Radikalen anderer Länder mit heißem Bemühen eine solche Versicherung ansahen, weil ihre Verwirklichung im Laufe der Jahre sich von selbst ergibt. Die Resolution Wolfenbutz wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ueber den Generalfstreik haben wir das Ergebnis der Verhandlungen bereits mitgeteilt. Eine glatte Abjagung des Generalfstreiks ist in der angenommenen Resolution der Holländer nicht ausgedrückt, lediglich die anarchisierende Form der Friedeburgischen Propaganda für den Generalfstreik wird scharf zurückgewiesen. Zum Schluß sagt die Resolution, die Arbeiter möchten ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch Entwicklung ihrer Organisation stärken, „weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziele sich nicht als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird“. Diese Resolution ist ja an sich für die Gewerkschaften gleichgültig, da diese selbst zu bestimmen haben, wann und zu welchen Zwecken sie in

einen Streik eintreten wollen. Werden sie einmal die vom Kongresse angebotene organisatorische Stärke besitzen, werden die ausschließlich aus Proletariern bestehenden Gewerkschaften bereits derart praktische Erfolge und eine höhere soziale Stellung im Völkerverleben erzielt haben, die einen politischen Massenstreik gegenstandslos machen. Voraussichtlich kann der politische Massenstreik nur zugunsten irgend einer Partei in Frage kommen, weil die Gewerkschaften den aus ihrer wirtschaftlichen Macht sich ergebenden politischen Einfluß entweder ein Sozialdemokratie, Zentrum oder Liberalismus freiwillig abgetreten haben. Sollte irgend eine verkehrte Taktik (siehe z. B. Dresden) dieser oder jener politischen Partei zu gewissen Komplikationen im Reiche führen, kann man doch nicht den Gewerkschaften zumuten, die daraus sich ergebende Situation auf ihr Konto zu nehmen, zudem ja außerdem von der Referentin Frau Roland-Hofst in Amsterdam gesagt wurde, daß der politische Massenstreik keine ökonomischen Ziele habe. Aber ohne Gewerkschaften gibt es auch keinen politischen Massenstreik. Und ganz deutlich jagte die Referentin in ihrem Schlusswort: „Der Aufstieg, der Generalfstreik, ist schwierig, aber er ist vielleicht der einzige Weg, der auf den Berg hinaufführt.“ Dabei gab die betreffende Dame die Begründung für die angenommene Resolution „gegen“ den Generalfstreik! Bei der Beratung über die internationalen Regeln der sozialdemokratischen Politik und Taktik einigte man sich auf die für Gewerkschaften unmögliche Dresdener Parteitagsresolution, wonach „niemals an Stelle des Kampfes für die Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung treten darf“. Wollte man es versuchen, würde man finden, daß sich damit nicht gewerkschaftlich arbeiten läßt. Bei dem Punkte Einwanderung und Auswanderung suchte eine dafür vorgezeichnete Resolution dieser heiklen Sache nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, aber die Engländer beantragten, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusehen, da hierfür erst Material gesammelt werden müsse. Da hilft nun einmal alle Internationalität nichts: jede Arbeiterpartei eines Landes, die ihre materiellen Interessen durch die Zuwanderung billiger und williger ausländischer Arbeiter bedroht sieht, muß hier in bestimmtem Umfange eine Grenzsperrre verlangen, wenn nicht das bisher Ergrunnte in Frage gestellt werden soll. Daß der deutsche Arbeiter die polnischen, italienischen, galizischen und czechischen Arbeiter zur Organisation und Interessensolidarität mit den deutschen Arbeitern erziehen kann, ist in der Praxis so gut wie aussichtslos geblieben. So bildet Deutschland z. B. lediglich den Abfluchkanal für die in anderen Ländern überflüssigen Arbeitskräfte und trägt mit dazu bei, daß dort die Regierungen nicht dringlicher zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten durch die einheimischen Arbeiter gezwungen werden. Wo Tausende deutscher Arbeiter ständig arbeitslos sind, haben diese ein Recht, zu verlangen, daß die oft von den Unternehmern wie das Vieh nach Deutschland importierten ausländischen Arbeiter an den Grenzen zurückgewiesen werden. Selbstverständlich ist, soweit die internationale Arbeiterpartei auf dieser Frage Stellung nimmt, ein Unterschied zu machen zwischen organisierten und importierten lohnbrückenden Streikbrechern. Vorläufig wurde, wie gesagt, dieser Punkt abgelehnt und bis 1907 — in welchem Jahre der nächste Kongress in Stuttgart tagen soll — kann sich vieles ändern. Gegen das Ende der Beratungen erlebte man ohne Debatte die Frage der Maifeier durch Annahme der alten Maifeier-Resolution. Damit ist in diesem Punkt gar nichts geändert und der alte Zwiepsalt besteht weiter. Wir haben bereits in Nr. 74 zu dieser Sache uns geäußert und brauchen das dort Gesagte nicht zu wiederholen. Daß der Amsterdamer Kongress an diesem hilflosen Zustande etwas ändern würde, daran haben wir nicht einen Augenblick gedacht. Zudem hier der Kongress beschloß: „Am wirksamsten kommt die Demonstration am 1. Mai in der Arbeitsruhe zum Ausdruck“, läßt er den Generalfstreik durch die Hintertüre wieder herein und zwingt somit die Gewerkschaften, nun ihrerseits zu dieser Frage und der ihnen dabei zugeordneten Rolle Stellung zu nehmen, wenn man nicht vorziehen will, die Sache im Sande verlaufen zu lassen. Daß keiner der deutschen Gewerkschaftsführer in Amsterdam zur Maifeierfrage das Wort nahm, wundert uns auch nicht. Warum? — Darum! Damit wäre das Wesentliche registriert, soweit davon die Gewerkschaften unter Umständen direkt berührt werden könnten.

Der Reichstag soll angeblich in diesem Jahre früher einberufen werden, um am 1. Januar 1906 schon die neuen Handelsverträge in Kraft setzen zu können.

Die Feinerzeit von der Mehrheit des Reichstages durchgesetzten Agrarzölle, welche den Abschluß günstiger Handelsverträge aufs schwerste gefährden, haben bereits unerfreuliche Erscheinungen gezeigt. So verlegt die Pumpen- und Maschinenfabrik Richard Langenlegen in Budau bei Magdeburg infolge der mangelhaften Zollbefreiungen im neuen deutsch-russischen Handelsvertrage ihre Fabrik nach Petersburg; sämtlichen Beamten wurde bereits zum 1. Oktober gekündigt.

Das Deutsche Reich hatte Ende 1903 rund 3 Milliarden Mark Schulden gegen 120 Millionen Mark im Jahre 1875.

Nach einer Poststatistik hat die deutsche Post die größte Beamtenschaft, nämlich 242000. Dann folgen die Vereinigten Staaten mit 230000, England mit 184000, Frankreich mit 81000, Oesterreich mit 59000, Japan mit 57965, Rußland mit 57302, Italien mit 31000 und

Ungarn mit 22000. Postämter haben die Vereinigten Staaten über 77000, Deutschland 46268, England 22000, Rußland 12000, Frankreich 11000. Briefkästen existieren in den Vereinigten Staaten 129000, in Deutschland 126000, in Frankreich 68000 und in Großbritannien 58000.

Nach dem Muster des Westpostvereins beabsichtigt man jetzt die Grünbung eines Westpolizeivereins. Zweifellos dürfte infolge abgelegten Befähigungsnachweises Deutschland als Sitz dieses Vereins in Betracht kommen.

Gegen die Behauptung, daß die englischen Arbeiter sich immer mehr der Sozialdemokratie nähern, spricht folgender Vorgang: Will Thorne, der Generalsekretär der Gasarbeitergewerkschaft, ist in Westham-London als Parlamentskandidat aufgestellt. Thorne ist Sozialist und hat sich als sozialistischer und Arbeiterkandidat bezeichnet. Seine Kandidatur wird unterstützt vom Arbeitervertreterkomitee und nach dem Statut desselben darf dieses nur Arbeiterkandidaten unterstützen. Das Komitee sowohl als auch die Gasarbeitergewerkschaft haben nun gegen Thornes Begehung als Sozialist protestiert. Dieser hat erklärt, daß ihm durch die sozialdemokratische Föderation die Hände durchaus nicht gebunden seien und daß er sich der Abstimmung seiner Gewerkschaft füge werde.

In Bulgarien ist von sieben Gewerkschaften der Grundstein zu einem Nationalbunde der Gewerkschaften gelegt worden. Zwei Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben sich diesem Bunde bereits angeschlossen, noch beträgt die Zahl der organisierten Arbeiter — in Rücksicht auf die ökonomische Rückständigkeit des Landes — überhaupt kaum 3000.

Amerikanisches Zeitungswesen. Die Zahl der in Amerika erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften beträgt 15420, welche insgesamt eine Auflage von 30165200 Exemplaren haben. Wenn man bedenkt, daß in Deutschland ungefähr 9000 Zeitungen und Zeitschriften erscheinen, so hat man einen Begriff von der erstaunlichen Entwicklung des amerikanischen Zeitungswesens. Auf die Wochenzeitschriften entfallen 17946250, auf die Monatsblätter 6058250, auf die Tageszeitungen 4772000, auf die Halbmonatsblätter 796750, auf die zweimal wöchentlich erscheinenden Blätter 224000 und auf die Vierteljahrsschriften 193250 Exemplare. Dreizehn Zeitungen bzw. Zeitschriften haben mehr als je 150000, zwölf mehr als 100000 Auflage.

Der Achtstundentag in Amerika ist in 27 Staaten und Territorien (Gebieten unter 60000 Einwohnern) durch Gesetz anerkannt. In sieben Staaten ist der Achtstundentag als Maximalarbeitszeit vorgeschrieben und es sind feierliche Ausnahmebestimmungen für irgend welche Tage, Konjunkturen oder dergleichen vorgezogen! Diese sieben Staaten sind: Konnektikut, Illinois, Indiana, Missouri, New York, Pennsylvania, Nevada. Die Vereinigten Staaten haben in den Bestimmungen die Kieselsteinarbeit, New York die Arbeiter am Reservoir ausdrücklich hervor. In Wisconsin ist der Achtstundentag für die Manufaktur- und Maschinenbranche vorgeschrieben; weitere Bestimmungen existieren hier nicht. In folgenden Staaten wieder ist der Achtstundentag für die Arbeiter in Bergwerken und Schmelzhütten gesetzlich festgelegt: Arizona, Colorado, Missouri, Montana, Nevada, Utah, Wyoming. Der Achtstundentag als Maximalarbeitszeit in Gemeindebetrieben haben eingeführt: Kalifornien, Colorado, Kolumbien, Hawaii, Idaho, Kansas, Maryland (Baltimore), Minnesota, Montana, Nevada, Ohio, Pennsylvania, Porto Rico, Utah, Washington, West-Virginia, Wyoming.

Die Zahl der in Berlin streikenden und ausgeperrten Former beträgt zurzeit 1496. Die einzelnen Firmen erklären, sie müßten erst die Anweisungen des Metallindustriellen-Verbandes abwarten, ehe sie den Gehilfen eine definitive Antwort geben könnten.

In Dessau sind wegen Maßregelung von vier Kollegen bei der Firma Reinhardt zwölf Buchbinder ausständig geworden.

In Haan bei Solingen sind sämtliche 35 Maurer, die dort überhaupt bei drei Unternehmern beschäftigt werden, wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Die Pariser Café-Kellner wollen in eine Bewegung für Abschaffung der Trinkgelder und Erzielung eines angemessenen Lohnes eintreten.

In Marzelle ist es zu einem allgemeinen Ausstande in der Handelsmarine gekommen. Sämtliche Werften sind geschlossen.

In Cripple-creek (Amerika) kam es zwischen ausständigen Bergarbeitern und der Polizei zu einem Zusammenstoß, wobei angeblich 40 Bergarbeiter tödlich verwundet worden sein sollen.

Gestorben.

In Bremen am 13. August der ehemalige Buchdruckerbesitzer L. F. G. W. Mack, 80½ Jahre alt.

In Frankfurt a. M. am 9. August der Gelehrte Jean Göbde aus Fiedersheim, 39 Jahre alt — Herzleiden; am 20. August der Jurwalde Eduard Verz aus Schwannheim, 57 Jahre alt — Herzleiden.

In Gotha am 18. August der Seher Hermann Hufenbach aus Osterode (Kr. Rud.), 20 Jahre alt.

In Gyoma (Ungarn) am 7. August Josef Moricz, 29 Jahre alt.

In Passau am 17. Juli der Seher Josef Allgeier — ertrunken.

In Prizwalsk am 11. August der Seher Albert Arndt, 21 Jahre alt — Tuberkulose.

In Rostock am 16. August der Druckerinvalide Wilhelm Bohm, 66 Jahre alt — Magenleiden.

In Wien am 13. August der Gelehrte Josef Witel, 30 Jahre alt.

In Winterberg (Böhmen) am 21. August der Gelehrte Ludwig Mautner jun., 30 Jahre alt.

Briefkasten.

Bl. in Halle: Ihre Mitteilung kam für die vorige Nummer zu spät; das Inserat wird aber auch in seiner jetzigen Gestalt die Wirkung nicht verfehlen. — H. G. in Valen: Es muß konsequenterweise bei der Ablehnung bleiben. — *?: Kann zwar auch keine tarifliche Bestimmung gegen diese Handlungsweise Anwendung finden, so widerspricht dieselbe doch den Grundrissen der Moral und unfrer Organisation.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betroffenen die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten und zwar für:

die deutsche Schweiz an Emil Pfister, Bern, Friedbad 41; die romanische Schweiz an Marinus Corbaz, Lausanne, Chalet du midi, chemin Turigoz; die italienische Schweiz an F. Baljocchi, Lugano, Via nuova 13;

Elsaß-Lothringen an Alphons Schmoll, Straßburg, Langestraße 146;

Oesterreich an Franz Reismüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25, 4. Stiege, II. Stock 33;

Belgien an Wilh. Carpage, Place de la Duchesse 6, Brüssel; Ungarn an Julius Feidl, Budapeß VIII, Stähly-utca 7;

Preßburg an Samu Bövy, Preßburg, Mikaelergasse 16; Holland an S. Gols, Amsterdam, Bloemstraat 60/hijs;

Dänemark an Viktor Petersen, Koppenhagen, Nybrogade 12 K. Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Mittwoch den 31. August, abends 8 1/2 Uhr: Vereinsversammlung im „Gewerkschaftshause“, Engelauer 15.

Bezirk Halberstadt. Die diesjährige Herbstbezirksversammlung findet am 25. September in Halberstadt statt. Anträge sind bis zum 5. September an den Bezirksvorsitzenden G. Feuthe, Halberstadt, Georgenstr. 5, einzureichen. Alles Nähere durch Zirkular.

Bezirk Siegnitz. Die diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 9. Oktober in Bunzlau

statt. Anträge hierzu sind bis spätestens den 18. September an den Vorsitzenden Robert Mensch, Siegnitz, Wilhelmstraße 11, I, einzureichen.

Bezirk Neu-Ruppin. Der aus Perleberg abgereifte Seher Paul Zahn wird hierdurch aufgefordert, innerhalb acht Tagen seinen Verpflichtungen nachzukommen andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Erfurt. Der Seher Ernst Bergelt aus Weipfels, welcher ohne Buch abgereift ist, wird ersucht, seine Adresse an E. Sonnenstätt, Auenstraße 30, gelangen zu lassen, andernfalls der Antrag auf Ausschluß gestellt wird.

Hof i. B. Wegen Rücktrittes des Vorsitzenden und des Schriftführers legt sich der Vorstand der hiesigen Mitgliedschaft wie folgt zusammen: Heinrich Biechel, Theresienstraße 14, Vorsitzender; Chr. Köpffel, Untere Friedrichstraße 21, II, Kassierer; Kap. Pöckelmann, Schriftführer.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

- In Berlin die Seher 1. Erich Wood, geb. in Friedenau 1885, ausgl. in Berlin 1904; 2. Gerhard Emde, geb. in Weimar 1886, ausgl. in Frankfurt a. D. 1904; 3. Otto Gademann, geb. in Berlin 1886, ausgl. daf. 1904; 4. Rudolf Vogelreiter, geb. in Grünberg 1885, ausgl. in Berlin 1904; die Drucker 5. Alfred Heilig, geb. in Merseburg 1874, ausgl. in Bad Lautschütz 1891; 6. Walter Pfister, geb. in Berlin 1886, ausgl. daf. 1904; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 7. Arthur Bader, geb. in Berlin 1879, ausgl. in Salzweil 1898; 8. Karl Dittmann, geb. in Berlin 1880, ausgl. daf. 1898; 9. Karl Franke, geb. in Berlin 1880, ausgl. daf. 1898; 10. Alfred Heise, geb. in Elbing 1882, ausgl. daf. 1900; 11. Otto Käpnick, geb. in Grünow 1871, ausgl. in Stargard 1889; 12. Hellmuth Kaiser, geb. in Niesla 1879, ausgl. in Weitzen 1897; 13. Alfred Lemke, geb. in Berlin 1883, ausgl. daf. 1902; 14. Jul. Selzer, geb. in Tilsit 1853, ausgl. daf. 1874; waren schon Mitglieder. — Frz. Stolle in Berlin S 42, Ritterstraße 88, I.

In **Beuthen (D.-S.)** der Seher Adam Kapuchowski, geb. in Kostowagóra 1886, ausgl. in Beuthen 1904; war noch nicht Mitglied. — In **Gleiwitz** der Seher Emanuel Sygor, geb. in Gleiwitz 1886, ausgl. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — Franz Hadrian in **Beuthen (D.-S.)**, Bismarckstraße 1.

In **Bromberg** der Drucker Stefan Trzhibinski, geb. in Posen 1883, ausgl. daf. 1902; war schon Mitglied. — Bruno Zielke, Bromberg-Schwedenhöhe, Schubinstraße 9a.

In **Engen** der Seher Jakob Bauer, geb. in Münsingen (Württ.) 1886, ausgl. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — Chr. Holz in **Konstanz**, Scheffelstraße 11.

In **Frankfurt a. M.** 1. der Seher Peter Baier, geb. in Dörrenhof b. Gersfeld (Höfn) 1885, ausgl. in

Gersfeld 1903; 2. der Drucker Heinrich Göbel III., geb. in Harheim 1871, ausgl. in Frankfurt a. M. 1889; waren noch nicht Mitglieder. — Phil. Guthardt, Heidestr. 50.

In **Hannover** der Seher Aurel Koffelt, geb. in Lurin 1880, ausgl. in Buenos Aires 1897; war noch nicht Mitglied. — Emil Fritsche, Aternstraße 29.

In **Hildesheim** der Drucker Gustav Pittard, geb. in Mühlhaujen i. N. 1872, ausgl. daf. 1890; war schon Mitglied. — Aug. Hausmann, Kaiserstraße 29.

In **Neumünster** der Seher Hugo Max Wolff, geb. in Wolgast i. Pommern 1876, ausgl. daf. 1894; war noch nicht Mitglied. — F. Chr. Feismann in **Fleßburg**, Angelburgerstraße 44.

In **Neu-Ruppin** der Schweizerdegen Hermann Wiedenroth, geb. in Bledete 1883, ausgl. daf. 1902; war noch nicht Mitglied. — In **Wittenberge** der Seher Emil Czudowitz, geb. in Wittenberge 1879, ausgl. daf. 1898; war noch nicht Mitglied. — Rud. Vogler in **Neu-Ruppin**, Klosterstraße 23.

In **Potsdam** die Seher 1. Paul Döring, geb. in Potsdam 1884, ausgl. daf. 1902; 2. Alfred Matzke, geb. in Potsdam 1886, ausgl. daf. 1904; 3. Erich Gelonek, geb. in Stettin 1886, ausgl. in Potsdam 1904; waren noch nicht Mitglieder. — In **Spandau** der Seher Wilhelm Murra, geb. in Spandau 1885, ausgl. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — In **Bernau (Mark)** der Seher August Kiedorf, geb. in Rajewall (Pommern) 1885, ausgl. daf. 1903; war noch nicht Mitglied. — In **Trebbin** die Seher 1. Hans Liebemann, geb. in Schwarzenbeck (Rauenburg) 1885, ausgl. daf. 1903; 2. Ernst Hennig, geb. in Gr.-Nichtersfelde 1885, ausgl. in Trebbin 1904; 3. Otto Müller, geb. in Northeim 1882, ausgl. in Köstlar a. S. 1901; waren noch nicht Mitglieder; 4. Karl Bernick, geb. in Mariendorf 1885, ausgl. in Trebbin 1903; war schon Mitglied. — Otto Endte in **Brandenburg a. S.**, Plauerstraße 14.

In **Rottweil a. N.** der Seher Heinrich Haack, geb. in Rottweil a. N. 1886, ausgl. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — In **Unterürkheim** der Seher Heinrich Gfölinger, geb. in Rannstatt 1886, ausgl. in Unterürkheim 1904; war noch nicht Mitglied. — In **Waltingen a. d. E.** der Seher Emil Burk, geb. in Hall 1881, ausgl. daf. 1899; war schon Mitglied. — Karl Knie in **Stuttgart**, Jakobstraße 16, part.

In **Stettin** der Seher Ernst Funt, geb. in Greifenhagen 1885, ausgl. daf. 1903; war noch nicht Mitglied. — W. Niesebeck, Pötkerstraße 86, S. I.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Neutretlich. Der Seher Hugo Schroeder aus Prenzlau hat angeblich in Waren i. M. Buch und Legitimation verloren (895 Nordwest, Hptb.-Nr. 16971). Von Schwiner aus ist ihm eine neue Legitimation (Duplikat) ausgestellt worden. Der etwaige Besitzer der Papiere wird erjudt, dieselben an Ad. Meyer in Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III, gelangen zu lassen.

Selbständigkeit!

Einjüngern gewährt Gelegenheit und Erleichterung bei Stabilisierung
Friedrich W. Gintel, Berlin O 27
Schillingstraße 12
Maschinenfabrik und Druckerei-Geschäft.

Junger, gewandter Seher

welcher ordnungsliebend ist, nur zum Vortreten für dauernd gesucht.
H. G. Adacha.
Stempelfabrik Frankfurt am Main.

Zum baldigen Eintritte gesucht ein

Galvanoplastiker

durchaus perfekt in allen Arbeiten, von der Schriftgießerei F. Ch. Zanter
München. [641]

Euchtiger Aufwärmer
(gef. Seher), welcher an weinliche Ordnung gewöhnt ist, sucht in einer größeren Buchdrucker Leipzig bei tarifmäßiger Bezahlung dauernde Stellung. Werte Offerten unter N. W. 646 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Euchtiger Schweizerdegen

sucht zum 2. Oktober d. J. andermweit dauernde tarifmäßige Stellung. Werte Offerten unter Z. 650 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger, Rotationsmaschinenmeister

auch mit der Stereotypie vertraut, sucht zum 10. Oktober d. J. Stellung. Werte Offerten mit Gehaltsangabe erbeten an **Karl Geisler**, Breslau I, Matthiasstraße 10. [651]

Stereotypeure u. Galvanoplastiker!

Die Kollegen werden im eignen Interesse wiederholt darauf aufmerksam gemacht, bei Konditionsangeboten nach Berlin immer erst Erkundigungen einzuziehen beim Vorsitzenden **E. Schellbach**, Tempelhofer-Str. Berlin, Friedrich-Wilhelmstraße 15. [606]

Typographische Gesellschaft, Hamburg.

Am 31. August: Wiedereröffnung der Sitzungen

im Vereinslokale: Gossows Gesellschaftshaus * Schauenburger Strasse. Zugleich erster Abend des Bleischnidekursus. Leiter Herr Willy Bauer. Wir weisen nochmals auf das den Mitglieder und Sendungen sind zu richten an: H. Bock, Pferdemarkt 43.



Der Vorstand der Typographischen Gesellschaft, Hamburg.

Stereotypeure und Galvanoplastiker!

Die Differenzen bei der Firma **Tzerow & Mensch**, Berlin, sind als beseitigt zu betrachten, da sämtliche Forderungen der Kollegen von der Firma bewilligt wurden. [647] Der Vorstand. Der Vorstand des Vereins der Stereotypeure u. Galvanoplastiker.

Gera. Heute abend 8 1/2 Uhr: Monatsversammlung im Vereinslokale. Der Vorstand. [643]

Leipziger Maschinensetzerklub.

Vereinslokale: Johannistal, Hospitalstrasse. Sonntag den 4. Septbr., vormittags 1/2 11 Uhr: Monatsversammlung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet. D. O. [652] Die Lernenden an der Monotype sind hierzu freundlichst eingeladen.

Wenntbehrlich! Wenntbehrlich!

Anhang zum Tarife

von **Konrad Eichler**, Leipzig, Salomonstr. 8 Preis pro Exemplar 10 Pf. Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Im Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 20 St. 10 Pf. beilegen. Herr F. B. in S. [644] Westen Gruß! Die Kappte des letzten Sonntag? Um sofortige Nachricht bittet Dein Freund **Franz Wolf**, Rodenz a. N., Hauptpost.

Elefantenklub Leipzig.

Unser Arbeitsnachweis befindet sich jetzt: Wolfsmarsdorf, Elßabethstraße, Reichshallen. Sonnabend den 8. Septbr. abends 8 Uhr, nächst Verammlung. 1. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern; 2. Antrag Semwegen: Eintritt in den Ritterorden; 3. Pensionseitzziehung (Kasenelefant); 4. Abrechnung betr. Fremder- und Gendelpartei; 5. Beschluß über Verwendung von 30 Mk. durch Stellenvermittlung; 6. Gemüthlicher Teil. [646] F. B.: **Diseoberlefant Semwegen.**

Todes-Anzeige.

Am 9. August verstarb an einem Herzleiden unser lieber Kollege, der Glieser **Jean Gödde** aus Fechenheim im Alter von 39 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren. [648] Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Todes-Anzeige.

Gleichfalls durch ein Herzleiden wurde am 20. August unser lieber Kollege, der Invalide **Eduard Berz** aus Schwannheim im 57. Lebensjahre durch den Tod abgerufen. [649] Er ruhe in Frieden! Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 48 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Reich, Verlobung unterm Regal. Vorfeste Seite. 30 Pf. Illustrierte Encyclopädie der graphischen Künste und der verwandten Zweige. 911 S. Reg. tonformat mit 581 Ill. eleg. geb. 12 Mk.